

## **Weimar: Unterstützung für Widersprüche gegen übertriebene Fernwärme**

Die Linke kritisiert „Mondpreise“ für Fernwärme in Weimar. Ulrike Grosse-Röthig bietet Unterstützung beim Widerspruch an.

Weimar. Die aktuelle Diskussion über die hohen Preise für Fernwärme in Weimar zieht immer mehr Aufmerksamkeit auf sich. Die Partei Die Linke, vertreten durch ihre Landesvorsitzende Ulrike Grosse-Röthig, kritisiert vehement die Preispolitik der Stadtwerke, die ihrer Meinung nach inakzeptable „Mondpreise“ verlangen.

### **Hohe Preise und ihre Auswirkungen auf die Bürger**

Die überhöhten Kosten für Fernwärme stellen viele Einwohner vor finanzielle Herausforderungen. Grosse-Röthig beschreibt die Situation als „Wucher im juristischen Sinne“, was bedeutet, dass die Preise weit über dem üblichen Marktwert liegen und somit als unethisch gelten. „Gerade in schwierigen Zeiten müssen die Menschen jeden Euro umdrehen, um über die Runden zu kommen“, so die Rechtsanwältin.

### **Juristische Klärung und Initiativen**

Ein wichtiger Aspekt dieser Debatte ist, dass es beim Thema Fernwärme oft keine Möglichkeit gibt, den Anbieter zu wechseln. Dies führt zu einer monopolartigen Kontrolle, wo die Stadtwerke

Weimar die Preise ohne Konkurrenz festlegen können. Grosse-Röthig begrüßt daher die bereits gestartete juristische Prüfung der Preispolitik und die Unterstützung durch den Mieterverein sowie die Verbraucherzentrale. Diese haben Initiativen ins Leben gerufen, um durch massenhafte Widersprüche gegen die hohen Preise vorzugehen.

## **Forderung nach Transparenz und Preisdeckeln**

Auf politischer Ebene fordert die Landtagskandidatin von der Bundesregierung Maßnahmen zur Preisregulierung. „Wir benötigen dringend effektive Preisdeckelungen, besonders in Energiebereichen, in denen die Verbraucher keine Anbieterwechsel vornehmen können“, erläutert sie. Darüber hinaus plädiert sie für mehr Transparenz in der Preisgestaltung sowie für regelmäßige Kontrollen, um mögliche Wucherpreise zu verhindern.

## **Unterstützung für Betroffene**

Um den betroffenen Bürgern direkt zu helfen, wird ein Infostand angeboten. An diesem Stand können die Menschen Unterstützung im Umgang mit ihren Nebenkostenabrechnungen erhalten, besonders für das Jahr 2022. Aktuell wird dazu aufgerufen, Widersprüche gegen ungerechtfertigte Heizkostenabrechnungen einzulegen. Der Stand wird am Samstag, den 27. Juli, von 13 bis 15 Uhr auf dem Straßburger Platz in Weimar West zu finden sein.

red

- **NAG**

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)